

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/016(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 26.11.2020	Altes Rathaus - Ratssaal Alter Markt 6 39104 Magdeburg	16:00Uhr	20:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung - öffentlicher Teil
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2020 und 29.10.2020
 - 3.1 28.10.2020
 - 3.2 29.10.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien

Amt 61 / Amt 63

7	Beschlussvorlagen	
7.1	Grundsatzbeschluss – Infrastrukturelle Verbesserungen und qualitative Aufwertung der GETEC-Arena, Berliner Chaussee 32, 39114 Magdeburg FB 40	DS0580/20
7.2	Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau einer Sporthalle am Standort des Vereins TUS 1860 Magdeburg-Neustadt e.V., Zielitzer Straße 28, 39124 Magdeburg FB 40	DS0567/20
7.3	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung- Verkehrsanlage „GutsMuthsweg von Salzmannstraße bis Wendehammer“ FB 62	DS0508/20
7.4	Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 484-1/1.Ä (Welsleber Straße, 1. Änderung) – Wendeanlage, 39122 - Oberhofer Straße Amt 66	DS0476/20
7.5	Bauvorhaben "Ersatzneubau Strombrückenzug" (ENB SBZ) - Finanzierung der Baumaßnahme Amt 66	DS0549/20
7.6	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 178-4E "Hansastraße" Amt 61	DS0493/20
7.7	Satzung des Bebauungsplans Nr. 178-4E "Hansastraße" Amt 61	DS0494/20
7.8	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	DS0416/20
7.8.1	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/1
7.8.2	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/2
7.8.3	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/3
7.8.4	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/4

7.8.5	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/5
7.8.6	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/6
7.8.7	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/7
7.8.8	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/8
7.8.9	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/9
7.8.10	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/10
7.8.11	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/11
7.8.12	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/12
7.8.13	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/13
7.8.14	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/14
7.8.15	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/15
7.8.16	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP	DS0416/20/16
7.8.17	Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der LH MD Fraktion CDU, Fraktion GRÜNE/future!	DS0416/20/18
8	Anträge	
8.1	Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste	A0174/20

SPD-Stadtratsfraktion

8.1.1	Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste Amt 66	S0360/20
8.2	Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum (ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3 SPD-Stadtratsfraktion, Stadträte Hausmann, Wiebe, Köhn	A0207/20
8.2.1	Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum (ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3 Amt 66	S0368/20
8.3	Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße Fraktion Tierschutzpartei / Bund für Magdeburg (BfM)	A0197/20
8.3.1	Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße Amt 66	S0387/20
9	Informationen	
9.1	Öffentliche Toilettenanlage im Bereich Alter Markt Eb SAB	I0273/20
9.2	Weniger Rasen, mehr Sicherheit - Verkehrsentschleunigung am Hassel durch Bremsschwellen Amt 66	I0324/20
9.3	Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen in der Region Magdeburg Amt 61	I0337/20
9.4	Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße Amt 61	I0344/20
9.5	Befreiungen vom vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 201-2.1 "Olvenstedter Platz/Stormstraße" Amt 61	I0354/20
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
11	Verschiedenes	
11.1	Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen DS0411/20	
11.2	Stand der Baumaßnahme Schönebecker Straße	

12 Gestaltungsbeirat
 Amt 61

12.1 Projekt 42/2020 - Masterplan Quartier Franckestraße

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

René Hempel

Madeleine Linke

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

Vertreter

Ronny Kumpf

Geschäftsführer/Stellvertreter

Norman Kleinfeldt

Abwesend - entschuldigt

Christian Mertens

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der TOP 7.8 (DS0416/20) nebst Änderungsanträgen soll als erster TOP behandelt werden, da die gastierenden **Stadträte Hoffmann** und **Canehl** den Änderungsantrag DS0416/20/18 einbringen möchten.

Stadtrat Stage erklärt, dass unter 11.2 ein Änderungsantrag zur DS0411/20 zur Meinungsbildung und Abstimmung aufgerufen werden soll.

Abstimmung: 7-0-1 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.10.2020 und 29.10.2020

3.1. 28.10.2020

Abstimmung: 6-0-2

3.2. 29.10.2020

Abstimmung: 6-0-2

4. Einwohnerfragestunde

Bürger*innen 1 und 2 zum Thema: Streichung von Zuschüssen für die Ladenlokale von Universität und Hochschule in der Magdeburger Innenstadt.

Die beiden Einrichtungen bieten der Stadt einen Raum, in dem neue Ideen ausprobiert werden können. Wo Menschen miteinander ins Gespräch kommen können, in dem gearbeitet werden kann, mit dem Ziel einer Innenstadtbelebung.

Die Förderung durch das Dez. III werde laut Haushaltsplanung 2021 eingestellt.

Herr Dr. Scheidemann (BG VI) verweist auf die Erläuterungen durch das Dez III, sowie die umfangreichen Ausführungen im Finanz- und Grundstücksausschuss (FG). Er empfiehlt, den Dialog mit dem Dez. III zu führen.

Die Bürger*innen hinterfragen eine mögliche Evaluierung am 09.12.2020.

Herr Dr. Scheidemann geht auf seine Verantwortung für den Teilhaushalt für das Dez. VI ein und verweist erneut auf die Zuständigkeit des Dez. III.

Der Stadtrat beschließt über das Jahr Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen, die Nachfrage kann **Stadtrat Stage** verstehen, die Zuständigkeit liege aber nicht im Bereich des Dez. VI. Eine Wirtschaftsförderung sehe er nicht gegeben, eventuell aber über die Kulturförderung. Er empfiehlt die Teilnahme im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (WTR), um die Problematik dort vorzustellen.

Stadtrat Dr. Grube kritisiert die Nichtverankerung der Finanzierung im Haushalt und fordert die Verwaltung auf, dieses intern zu klären.

Stadtrat Stern verweist als Vorsitzender des FG auf Gespräche am 09.12.2020, um eine mögliche Angliederung in anderen städtischen Bereichen zu besprechen.

Stadträtin Linke geht auf die Stabsstelle Wirtschaft bei der Stadt ein bzw. die Möglichkeit einer Unterstützung aus 3 Dezernaten. Sie hält die Projekte für elementar sehr wichtig.

Das Bewusstsein für die Problematik sei in den Fraktionen vorhanden und nach anderen Finanzierungsquellen müsse gesucht werden, so **Stadtrat Stage**.

5. Lenkungsausschuss Buckau

6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Grundsatzbeschluss – Infrastrukturelle Verbesserungen und qualitative Aufwertung der GETEC-Arena, Berliner Chaussee 32, 39114 Magdeburg
Vorlage: DS0580/20
-

Herr Matz (FB 40) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Stage hält den Fördermittelanteil von 45% für sehr gering. Des Weiteren fragt er, wie die geplante Ausstattung mit einem Glasboden mit „wildem“ Konzerten und den dazugehörigen Aufbauten funktionieren soll.

Herr Matz verweist auf eine 10-jährige Gewährleistungsfrist auf den Glasboden. Die Glaselemente so groß wie Tische seien austauschbar.

Stadträtin Linke sieht einen schnellen Umbau und Sportstätteninvestitionen positiv, die mittelfristig in der Stadt erfolgen sollen. Sie findet aber, eine Planung einer Strategie sei dafür erforderlich. Wo wollen wir mit den Sporteinrichtungen hin?

Für hochwertige kulturelle Veranstaltungen soll dieses mit genutzt werden, dafür werden doch Hyparschale, Stadthalle und ähnliche Objekte vorgesehen, stellt sie fest.

Sie sieht bei der GETEC-Arena Einsparungspotential im Bereich Erhalt und Kultur.

Herr Matz verweist auf den SCM als hochklassige Handballmannschaft, geht auf die Konkurrenzfähigkeit der Halle ein und führt zu den geplanten Umbaumaßnahmen aus.

Magdeburg als Sportstadt aufzuwerten dazu bekenne sich die CDU-Fraktion, so **Stadtrat Stern**. Es passiere viel im Breitensport, der Spitzensport habe auch Bedarf und müsse entwickelt werden. Die Maßnahme sei notwendig, die Verwaltung müsse unterstützt werden. Vom Land hätte er sich mehr Unterstützung gewünscht und verweist auf den SCM als Marketingobjekt im Sinne der Stadt.

Stadtrat Hempel stellt fest, ein Schülerticket sei nicht finanzierbar, aber ein Glasboden für die GETEC-Arena. Der LED-Boden erschließe sich ihm nicht. Er hinterfragt die Fördervoraussetzungen, hält den Ausbau als Sportstätte für ausreichend und verweist auf das AMO als Veranstaltungsort.

Abschließend fragt er, was unter „barrierefrei“ zu verstehen sei und hinterfragt ein Blindenleitsystem.

Der LED-Boden sei innovativ, teilt **Herr Matz** mit. Auch ein normaler Sportboden müsse alle paar Jahre ausgetauscht werden, stellt er klar. Das Förderprogramm bedingt nicht Reparatur oder Sanierung, sondern Investitionen.

Eine Aufwertung der Barrierefreiheit werde durch einen weiteren Aufzug geplant.

Die Nachfrage zum Blindenleitsystem nimmt **Herr Matz** mit.

Stellungnahme FB 40:

Die GETEC-Arena verfüge über kein Blindenleitsystem.

Die LED-Beleuchtung ersetzt in der Halle einen Teil der vorhandenen Beleuchtung. Eine Veränderung der Veranstaltungsbereiche für Investorenbetreuung sei nachvollziehbar, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Stadtrat Schuster erinnert an die Diskussionen vor einigen Jahren zur GETEC-Arena bezüglich Veranstaltungen, die dort nicht durchgeführt werden konnten. Er verweist auf den Grundsatzbeschluss hier, der LED-Boden sei diskutabel, aber wichtig sei die Fördermittelbeantragung.

Stadtrat Kumpf fragt, ob die Maßnahme auch ohne Fördermittel umgesetzt werden könne.

Abschließend verweist **Stadtrat Stage** darauf, dass Hallen von der Vermietung auf der Suche nach etwas Besonderem leben.

Abstimmung zur DS0580/20: 6-0-3

7.2. Grundsatzbeschluss - Ersatzneubau einer Sporthalle am Standort des Vereins TUS 1860 Magdeburg-Neustadt e.V., Zielitzer Straße 28, 39124 Magdeburg
Vorlage: DS0567/20

Herr Matz erläutert die Beschlussvorlage.

Von Seiten der Stadträte gab es keine Nachfragen.

Abstimmung zur DS0567/20: 9-0-0

- 7.3. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung- Verkehrsanlage „GutsMuthsweg von Salzmannstraße bis Wendehammer“
Vorlage: DS0508/20
-

Herr Neumann (FBL 62) bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit **5-1-3** den Beschlussvorschlag mit Beschlussnummer: **StBV052-01(VII)/20**.

Beschlussvorschlag:

Für den Ausbau der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „GutsMuthsweg von Salzmannstraße bis Wendehammer“ werden Straßenausbaubeiträge im Wege der Kostenspaltung erhoben.

- 7.4. Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan 484-1/1.Ä (Welsleber Straße, 1. Änderung) – Wendeanlage, 39122 - Oberhofer Straße
Vorlage: DS0476/20
-

Herr Gebhardt (AL 66) erläutert die Beschlussvorlage.

Abstimmung zur DS0476/20: 9-0-0

- 7.5. Bauvorhaben "Ersatzneubau Strombrückenzug" (ENB SBZ) - Finanzierung der Baumaßnahme
Vorlage: DS0549/20
-

Herr Gebhardt bringt die Beschlussvorlage ein und **Herr Eins** (Amt 66) führt einige wesentliche Informationen zur aktuellen Baustellensituation aus.

Stadtrat Stage spricht sich für einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit dem FG aus.

Stadträtin Linke geht auf die Baustellenbeschilderung im ehemaligen Zufahrtbereich zum Winterhafen ein und hinterfragt außerdem die Möglichkeit einer Straßenanhebung in Bezug auf den geplanten Grundschulneubau am Winterhafen.

Herr Eins geht auf die vorhandene Situation durch Fahrradfahrer und Wohnmobile ein. Die vorgenommene, sehr umfangreiche Absperrung werde leider des Öfteren missachtet. Eine zusätzliche Beschilderung sei vorgesehen (Schrankenanlage bzw. Pfortnerhäuschen).

Herr Dr. Scheidemann verweist in Bezug auf die abgefragte Möglichkeit der Straßenanhebung auf die Sicherstellung des Wasserabflusses im Falle eines Hochwassers. Beides, sowohl die Anbindung der Straße (z. B. Höhenlage) sowie die Hochwasserschutzmaßnahmen müssen technisch betrachtet werden.

Stadtrat Stern geht auf die Zusatzkosten ein.

Herr Eins verweist auf das erfolgte Vergabenaachprüfungsverfahren (dadurch u.a. Änderung von Bemessungsgrundlagen u.s.w.) und geht auf das neu dimensionierte Hochwasserpumpwerk am Heumarkt ein.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach der Herkunft des Stahls.

Der Stahl werde nach neuer DIN vom Stahlhersteller Thyssen-Krupp geliefert, teilt **Herr Eins** mit.

Stadtrat Dr. Grube freut sich über die hohe Förderquote.

Stadtrat Stern fragt, wie weit das FFH-Gebiet an die Baumaßnahme heranreiche.

Herr Eins verweist auf die Anpassung der Karte im Internet in Bezug auf die Kartengrundlage des Landesamtes für Umweltschutz (LAU).

Abstimmung zur DS0549/20: 8-0-1

7.6. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 178-4E "Hansastraße"
Vorlage: DS0493/20

Frau Mrochen (Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage.

Stadträtin Linke geht auf die Verkehrserschließung Hansastraße ein und hat Nachfragen zum Gehweg hinsichtlich der Beteiligung der Universität. In diesem Zustand könne die Situation nicht verbleiben.

Frau Mrochen geht auf die Gestaltung der 18 Meter breiten Hansastraße als öffentlicher Verkehrsraum ein. Im Bebauungsplanverfahren werde kein Ausbau geregelt, der gegebenenfalls irgendwann erforderlich werde.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Einbeziehung der Universität im Rahmen der Gespräche mit dem Kanzler.

Stadtrat Canehl erkundigt sich nach dem vorgesehenen Haltestellenbereich und hinterfragt eine Festsetzung für eine Bushaltestelle.

Frau Mrochen verweist auf den öffentlichen Verkehrsraum.

Stadträtin Linke geht auf die geplante Haltestelle ein (Begründung S.11) und sieht den Investor in der Pflicht hinsichtlich Verbesserung der Straße.

Frau Mrochen verweist auf mögliche Regelungen im Rahmen des städtebaulichen Vertrages.

Stadtrat Stern lobt die Verwaltung für die Darstellung des Abfallstandortes.

Stadtrat Stage hinterfragt die Gebäudehöhen.

Der Bebauungsplan orientiere sich am Masterplan „Wissenschaftshafen“, teilt **Frau Mrochen** mit und führt zu den einzelnen Gebäudehöhen aus.

Ergänzend fügt **Herr Dr. Scheidemann** zu, dass dieses zukünftig besser in der Begründung dargestellt werde.

Abstimmung zur DS0493/20: 9-0-0

7.7. Satzung des Bebauungsplans Nr. 178-4E "Hansastraße"
Vorlage: DS0494/20

Die Satzung wurde ohne weiteren Redebedarf abgestimmt.

Abstimmung zur DS0494/20: 9-0-0

7.8. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20

Die **Stadträte Hoffman und Canehl** erhalten als Einbringer des Änderungsantrages DS0416/20/18 Rederecht.

Herr Dr. Lerm (AL 61) bringt die Beschlussvorlage ein.

Der durch die Verwaltung vorgelegte Entwurf der Stellplatzsatzung sei Ergebnis der Einarbeitung umfangreicher Änderungswünsche seitens der Stadträte. Ordne man den erreichten Stand ein, würde deutlich, dass der neue Satzungsentwurf hinsichtlich verkehrspolitischer Zielstellungen weder in die eine noch andere Richtung eine Steuerungswirkung verfolge. Er trüge dem Status quo Rechnung.

Mittlerweile wären weitgehende Debatten hinsichtlich des notwendigen Übergangs zu flächensparenden Mobilitätsformen im Gange. Der Änderungsantrag DS0416/20/18 ginge sehr weit, indem er mit Ausnahme einer gewünschten Regelung für Fahrradabstellplätze nun keine Regelungen für Stellplätze mehr vorsähe.

Kfz-Stellplätze würden auch in anderen Regularien behandelt werden. Sie entzögen sich auch ohne eine Stellplatzsatzung nicht der Möglichkeit, sie zu gestalten. Würden etwa durch größere Bauvorhaben mit unzureichendem Stellplatzangebot bodenrechtliche Spannungen zu gewärtigen sein, sei das ein deutliches Indiz für die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens, in dem dies dann zu behandeln sei. Im Rahmen der Bauleitplanung wären dann Aussagen zur Mobilität eines Plangebietes erforderlich. Inhalte der Bauleitplanung könne eine Stellplatzbeschränkung sein. Diese könnte standortabhängig weitergehende Begrenzungen enthalten.

Die Bauordnung enthält Regelungen zu Stellplätzen für Sonderbauten. Stellplätze würden im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft. Bauherren könnten selber bestimmen und mit der Verwaltung erörtern, welchen Stellplatzanteil sie für angemessen hielten.

Mobilitätskonzepte könnten einbezogen werden. In den vergangenen Jahren gab es in Magdeburg keine Stellplatzsatzung. Trotzdem seien keine städtebaulichen Probleme entstanden, weil in engem Zusammenwirken zwischen Bauherren und Stadtverwaltung Wege gefunden wurden, im jeweiligen Einzelfall diese Fragen einvernehmlich zu lösen.

Problematisiert werden könnte, dass ohne Satzung keine Stellplatzablässe erhoben werden kann. Stattdessen könnte die LH Magdeburg in Zukunft hier finanziellen Handlungsspielraum aus angepassten Gebühren für des Bewohnerparken erlangen. Die bundesrechtlichen Voraussetzungen hierfür liegen seit Sommer dieses Jahres vor. Die (übermäßige)

Inanspruchnahme von Flächen, seien sie öffentlich oder privat, für den ruhenden Verkehr kann als Missstand angesehen werden, der den Klimazielen, grün-blauen Infrastrukturen, sozialen Fragen, einer kommunikationsfördernden Urbanität, einem familien- und seniorenfreundlichen Wohnumfeld, der Außengastronomie usw. hinderlich ist. Dies kann und sollte durch Konzeptionen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes und durch Beachtung der Obergrenzen für die Versiegelung gesteuert werden.

Vor diesem Hintergrund wird eingeschätzt, dass auch ohne eine ausdrückliche Stellplatzsatzung eine Betreuung der Stellplatzwünsche und -bedürfnisse erfolgen könne. Eine Satzung für Fahrräder wird begrüßt. Bedauert werde, dass auch die in der Stellplatzsatzung enthaltenen Verpflichtungen zur Begrünung von Stellplätzen entfallen. Das könne jedoch durch eine kommunale Begrünungssatzung aufgefangen werden.

Stadtrat Hoffmann führt zum Änderungsantrag DS0416/20/18 ein. Er verweist darauf, dass Magdeburg seit 2018 ohne Stellplatzsatzung auskomme und spricht sich dafür aus, alle Einzelregeln zu streichen, die Kfz-Stellplätze betreffen. Damit könne das Baugenehmigungsverfahren vereinfacht werden. Es müsse nicht immer alles geregelt werden, was rechtlich und fachplanerisch geregelt werden könnte, bringt er seine Haltung zum Ausdruck.

Stadtrat Canehl verweist darauf, dass die LH Magdeburg seit vielen Jahren keine Einnahmen aus der Stellplatzabläse habe. Auf die BauO des Land Sachsen-Anhalt eingehend verweist er auf die Bedeutung einer Fahrradabstellsatzung. Dieses gehöre zum Paket Verkehrswende, dazu gehöre sicheres Abstellen von Fahrrädern.

Stadtrat Dr. Grube stellt klar, dass er dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird. Die Argumentation sei für ihn nicht nachvollziehbar. Einen Bedarf an der Schaffung von Fahrradabstellplätzen sehe auch er. Daraus den Verzicht auf Pkw-Stellplätze abzuleiten, könne er nicht befürworten. Er sieht eine Verschärfung der Kfz-Stellplatzproblematik und verweist auf die Lage z.B. im Bereich Stadtfeld.

Stadtrat Stern findet, dies sei ein guter Kompromiss. Die Mobilität werde sich weiter entwickeln. Aus Eigeninteresse von Investoren würden nach seiner Einschätzung private Stellplätze gebaut. Er könne dem Antrag folgen.

Mit den Genossenschaften bzw. der Wobau müsse das Gespräch gesucht werden und er bittet die Verwaltung, dies umzusetzen. Die Unterbringung von teuren Fahrrädern und teuren Mobilitätshilfen werde gegebenenfalls künftig auch eine etagenweise Unterbringung erfordern. Er erwarte eine Rückkopplung im StBV aus dem Bauordnungsamt hinsichtlich der Umsetzung in der Praxis.

Stadtrat Hempel kündigt an, dass er den Änderungsantrag ablehnen wird. Wenn keine Stellplätze von den Bauherren gebaut werden müssen, werden die Fahrzeuge auf der Straße, d.h. im öffentlichen Raum stehen. Eine Kfz-Stellplatzsatzung werde gebraucht.

Stadtrat Canehl entgegnet, dass es in Stadtfeld bereits jetzt schon eine Stellplatznot gebe. Er geht auf den Beschluss der Stadt Halle zur weitgehend autofreien Innenstadt vom 25.11.2020 ein. Ein Zwang zur Herstellung von Kfz-Stellplatzflächen auf kleinen Grundstücken sei nicht zu befürworten. Bauwillige seien häufig bereit, Stellplätze aus eigener Initiative zu bauen, um Wohnungen vermieten zu können, so seine Einschätzung.

Stadtrat Dr. Grube fragt, warum die Stellplatzsatzung von der Verwaltung noch eingebracht werde, wenn diese als entbehrlich erachtet werde. Lückenbebauung ohne Stellplätze verschärfe die Parkplatzsituation, da mache die SPD nicht mit.

Stadträtin Linke verweist auf Berlin, die Stadt habe 1997 die Stellplatzsatzung abgeschafft. Fachberichten sei zu entnehmen, dass die Situation im Ruhenden Verkehr sich seitdem nicht verschlimmert habe, argumentiert sie. Mit dem Verzicht auf die Errichtung von Stellplätzen werden elementare Baukosten gespart. Ihre Generation habe nicht mehr den Drang, ein Auto besitzen zu müssen.

In bestimmten innerstädtischen Wohnlagen seien Auto und Stellplatz entbehrlich. Ihre Fraktion werde an dem Thema dranbleiben.

Herr Dr. Scheidemann hält eine Stellplatzsatzung für Kfz weiterhin für sinnvoll. Er verweist auf die nunmehr bundesrechtlich vorgegebene Pflicht zur Errichtung von Elektroanschlüssen für das

Laden von E-Fahrzeugen sowie die wünschenswerte Pflicht zur Begrünung von ebenerdigen Kfz-Stellflächen. Dies sei ohne Stellplatzsatzung nicht forderbar.

Stadtrat Dr. Grube geht auf das Baukostenargument ein. Sollte dieses ernst genommen werden, addieren sich die Kosten für Fahrradstellplätze ebenfalls auf die Baukosten. Er plädiert für den Beibehalt beider Regelungen, Kfz-Stellplatzsatzung und Fahrrad-Abstellplatzsatzung.

Stadtrat Hoffmann spricht den knappen öffentlichen Platz in Stadtfeld an, geht auf die Gesetzeslage zu Elektroanschlüssen in privaten Gebäuden ein und fordert Mieter auf, bei Bedarf Druck auf ihren Vermieter hinsichtlich der Errichtung von Elektroanschlüssen auszuüben.

Stadtrat Stern spricht sich dafür aus, dass die Wobau und die Genossenschaften zu einer Stellungnahme zum Satzungsentwurf aufgefordert werden.

Abstimmung zur DS0416/20: 5-2-2 geändert empfohlen

7.8.1. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/1

zurückgezogen

7.8.2. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/2

zurückgezogen

7.8.3. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/3

zurückgezogen

7.8.4. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/4

zurückgezogen

7.8.5. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/5

zurückgezogen

7.8.6. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/6

zurückgezogen

7.8.7. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/7

zurückgezogen

7.8.8. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/8

zurückgezogen

7.8.9. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/9

zurückgezogen

7.8.10. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/10

zurückgezogen

7.8.11. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/11

zurückgezogen

7.8.12. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/12

zurückgezogen

7.8.13. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/13

zurückgezogen

7.8.14. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/14

zurückgezogen

7.8.15. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/15

zurückgezogen

7.8.16. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0416/20/16

zurückgezogen

- 7.8.17. Auslegungsbeschluss zum Entwurf der Stellplatzsatzung der LH
MD
Vorlage: DS0416/20/18
-

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0416/20/18: 5-4-0

8. Anträge

- 8.1. Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste
Vorlage: A0174/20
-

Stadtrat Dr. Grube bringt den Antrag ein.

Abstimmung zum Antrag A0174/20: 7-0-2

- 8.1.1. Aufnahme Windmühlenstraße in die Investitionsprioritätenliste
Vorlage: S0360/20
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit
Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum
(ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3
Vorlage: A0207/20
-

Stadtrat Dr. Grube bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

Abstimmung zum Antrag A0207/20: 9-0-0

- 8.2.1. Einrichtung von zwei Parkplätzen für Menschen mit
Beeinträchtigungen direkt vor dem Alten- und Service-Zentrum
(ASZ) Olvenstedt Bruno-Beye-Ring 3
Vorlage: S0368/20
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-
Straße
Vorlage: A0197/20
-

Stadtrat Moll bringt den Antrag zur Parkplatzsituation und deren Verbesserung ein. Er verweist auf einen Vororttermin und das dementsprechende Ergebnis zum Rückbau der vorhandenen Gehwegausbuchtungen.

Stadträtin Linke geht auf die Parkplatzproblematik an dieser Stelle ein. Sie fragt außerdem, ob eine Möglichkeit bestehe, das letzte Teilstück der Goethestraße bei der Gelegenheit mit zu sanieren.

Die defekten Stellen im westlichsten Bereich der Goethestraße sind dem Amt 66 bekannt. Das Amt 66 versucht, in 2021 diesen Straßenbereich teilweise zu sanieren, antwortete daraufhin **Herr Gebhardt**.

Stadtrat Schuster hinterfragt die Möglichkeit ein „Parken erlaubt“-Schild zu errichten.

Stadtrat Dr. Grube schließt sich dem an.

Herr Gebhardt verweist auf eine mit der Aufstellung eines derartigen Schildes dann entstehende Haftungsproblematik.

Abstimmung zum Antrag A0197/20: 3-2-4

8.3.1. Verbesserung der Parkplatzsituation in der Martin-Agricola-Straße
Vorlage: S0387/20

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

9.1. Öffentliche Toilettenanlage im Bereich Alter Markt
Vorlage: I0273/20

Herr Stegemann (SAB) bringt die Information ein.

Stadtrat Stage hinterfragt Alternativstandorte.

Herr Stegemann verweist auf die Kompromisslösung auf den kleinen Parkplatz im Bereich des Martin-Luther-Platzes. Mit Verweis auf eine Bebauungsmöglichkeit wurde der Standort verworfen. Ein möglicher Investor sollte eine Anlage dann mit vorsehen.

Stadtrat Dr. Grube hält die Kritik an dem Standort für berechtigt und regt eine Änderung im Bebauungsplan an.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Weniger Rasen, mehr Sicherheit - Verkehrsentschleunigung am Hassel durch Bremsschwellen
Vorlage: I0324/20

Stadträtin Linke fragt, warum nicht eine durchgängige Tempo-30-Begrenzung möglich sei. (Harmonisierung).

Stadtrat Dr. Grube findet die vorgestellte Lösung, im Rahmen eines Modellversuches die „Berliner Kissen“ zu testen, gut.

Herr Gebhardt geht auf die auf dem Breiten Weg vorhandenen Geschwindigkeitsregelungen ein und verweist auf die Notwendigkeit des Vorliegens von verkehrsrechtlichen Gründen für die Anordnung von Beschilderungen mit Temporeduzierungen.

Stadtrat Stern geht auf eine Tempo-30-Zone im Breiten Weg ein und hinterfragt die dann geltende Höchstgeschwindigkeit für die Straßenbahn auf separatem Gleiskörper.

Herr Gebhardt erläutert den Unterschied zwischen einem separaten Gleisbett und einer Gleisanlage im Straßenbereich als ein Teil der Straßennutzung. Auf einem separaten Gleisbett können andere Temporeduzierungen für Straßenbahnen beschildert sein als für den MIV.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.3. Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen in der Region
Magdeburg
Vorlage: I0337/20

Stadtrat Guderjahn verlässt um 18:10 Uhr die Sitzung.

Herr Schneider (Amt 61) bringt die Information ein. Er geht auf den mehrstufigen Erarbeitungsprozess, insbesondere die umfassende Abstimmung mit den Partnern in den Umlandgemeinden sowie Landratsämtern, auf die Trassenfindung, die Kostenschätzung und mögliche Umsetzungszeiträume ein.

Stadträtin Linke erkundigt sich nach ggf. doppelt berechneten Kosten (Anlage).

Herr Schneider bestätigt dies für zwei kürzere Teilabschnitte in der Innenstadt und verweist auf einen bedauerlichen Übertragungsfehler in der Infovorlage. Die Kostenangaben in der Machbarkeitsstudie sind korrekt.

Stadträtin Linke bittet um Erläuterungen zum verwendeten Risikoaufschlag von 25 % in der Kostenannahme.

Herr Schneider erklärt, dass nach Prüfung entschieden wurde, anhand von in vergleichbaren Machbarkeitsstudien verwendeten Werten ebenso für die Magdeburger Studie zu verfahren. Umfangreiche Unsicherheiten zum gegenwärtigen Untersuchungsstand rechtfertigen die Verwendung dieses Wertes. Kosten-Risiken bestehen gleichermaßen für alle fünf Trassen, die dem Status der Machbarkeitsstudie als Vorstudie immanent sind: Risiken aufgrund nicht gegebenen Zugriffs auf Flächen, Risiken aufgrund Grunderwerbskosten, Risiken aufgrund nicht vorhandener örtlicher Vermessung (relevante Abweichungen bei Planungsquerschnitten und Anlagenlängen sind möglich), Baugrundrisiken, jährliche Baupreissteigerungen etc.

Stadträtin Linke fragt, wie es nun weitergehe.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Kooperation mit der Einheitsgemeinde Sülzetal (Osterweddingen). Hierfür können ggf. in den kommenden Jahren Fördermittel für Planung und Realisierung eingeworben werden. Für die planerische Vorbereitung weiterer Trassen stehen für das Jahr 2021 keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Stadtrat Stage hinterfragt die Prioritäten.

Herr Schneider lenkt den Fokus auf die mit höchster Priorität bewertete Nord-Trasse über Neue Neustadt, Neustädter See, Barleben, Wolmirstedt nach Zielitz. Darüber hinaus verweist er auf aktuelle Aktivitäten der Verwaltung zur zügigen Verbesserung der Anbindung des künftigen Industriestandortes Eulenberg.

Stadtrat Stern geht auf die Kosten bei den Überlandtrassen ein, verweist auf die schwierige Fahrraderschließung im Bereich Rothensee und spricht sich prioritär für die Südost-Trasse nach Schönebeck aus.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Debatte zur Prioritätensetzung ein und favorisiert klar die Südwest-Trasse über Neu-Reform, Industriegebiet Sülzetal zum künftigen Industriestandort Eulenberg. Gegen eine Priorisierung der Südost-Trasse nach Schönebeck sprechen die seit Jahrzehnten andauernden Bemühungen für einen Lückenschluss des Elberadwegs im Bereich Fahlberg-List in Salbke.

Herr Schneider geht darauf ein und berichtet kurz über aktuelle Entwicklungen zu diesem Areal. Es gebe Bewegung hinsichtlich einer künftig elbnahen Führung des Elberadweges in Salbke. Unabhängig davon gibt er zu bedenken, dass schneller E-Bike-Pendelverkehr nicht für den Elberadweg geeignet ist. Dort soll langsames Genussradeln ohne Konflikte mit dem ebenfalls vorhandenen Fußverkehr stattfinden.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf das freizeitorientierte Nutzerverhalten auf dem Elberadweg.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.4. Radverkehrsanlage Große Diesdorfer Straße Vorlage: I0344/20

Stadträtin Linke kritisiert, dass wiederholt Stadtratsbeschlüsse nicht umgesetzt werden.

Stadtrat Stage fragt, wo der Radfahrer nun fahren könne.

Herr Gebhardt widerspricht der Kritik von **Stadträtin Linke**. Die Verwaltung hat jeweils die Stadtratsbeschlüsse umgesetzt. Er erläutert die vorhandene Situation in der Großen Diesdorfer Straße. Zwischen Pestalozzistraße und Schmeilstraße kann der Fahrradfahrer auf dem vorhandenen sonstigen Radweg, auf einem mit Hochbord von der Fahrbahn geschützten Weg fahren.

Nach einem damaligen Rechtsstreit mit dem ADFC über einige benutzungspflichtige Radwege mussten die Benutzungspflicht entlang der Großen Diesdorfer Straße abgeordnet und die Radwegschilder entfernt werden.

Abschließend geht er auf den starken Wurzelaustrieb auf dem sonstigen Radweg ein.

Die Aufrechterhaltung/Nutzbarkeit/Ertüchtigung des sonstigen Radweges sei das Ziel, bis der Ausbau erfolge.

Stadtrat Moll verweist auf den parallel geführten Schroteradweg und die Zufahrt auf die Stichstraßen zur Großen Diesdorfer Straße.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.5. Befreiungen vom vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 201- 2.1 "Olvenstedter Platz/Stormstraße" Vorlage: I0354/20

Stadtrat Hempel verlässt um 18:50 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Lerm (AL 61) bringt die Information ein.

Stadtrat Stage sieht die Grundzüge der Planung betroffen und fragt, warum es dazu keine Beschlussvorlage gebe.

Herr Dr. Scheidemann geht auf die Hauptsatzung ein und verweist darauf, dass die Grundzüge des Bebauungsplanes nicht betroffen seien.

Stadträtin Linke fand die Lösung mit der Tiefgarage reizvoll und verweist auf die Versiegelung von Flächen. Sie hinterfragt die Höhe der GRZ und die Möglichkeit noch mehr Stellplätze zu schaffen.

Aus Sicht des Stadtplanungsamtes werde die nun gefundene Lösung (Parkhaus) begrüßt, teilt **Herr Dr. Lerm** mit.

Nachrichtliche:

Die GEZ wird auch bei der überarbeiteten Planung eingehalten.

Für **Stadtrat Dr. Grube** hätte es dazu eine Beschlussvorlage geben müssen. Die Grundzüge der Planung seien betroffen, stellt er klar.

Stadtrat Stage sieht dieses ebenfalls so und sieht einen möglichen Verstoß gegen die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg.

Herr Dr. Scheidemann verweist dazu auf ein Urteil des BVerwG wonach die untere Bauaufsichtsbehörde in kreisfreien Städten die Ablehnung eines Bauantrages nicht mit der Versagung des gemeindlichen Einvernehmens begründen darf.

Anlage Niederschrift: Urteil vom 19.08.2004

Herr Schütt (AL 63) geht auf die Zuständigkeiten für das Genehmigungsverfahren (gemeindliches Einvernehmen) ein.

Ein Bauantrag liege noch nicht vor. Wichtig seien Hinweise aus dem StBV für eine Bearbeitung durch die untere Bauaufsichtsbehörde.

Herr Dr. Lerm erklärt die Regelungen für eine Befreiung und verweist auf den § 31 BauGB. Im Weiteren geht er auf die Befreiungstatbestände ein.

Stadtrat Moll geht auf die südliche Zufahrt ein und den fehlenden Radweg. Er verweist auf die Kontamination im Bereich der ehemaligen Tankstelle.

Herr Dr. Lerm erläutert, dass die Altlasten mit Umsetzung des Vorhabens beseitigt werden.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die langen Diskussionen und Entscheidungsfindungen hier im Ausschuss, auch bezüglich der Zufahrten.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Herr Fuß (Projektleiter EÜ ERA) erläutert den aktuellen Sachstand sowie umfangreich den Bauablauf bis zur Fertigstellung. Als nächster kleiner Meilenstein wird der Gehweg im nördlichen Bereich des City-Carré's ab dem 27.11.2020 freigegeben.

Des Weiteren geht **Herr Fuß** auf die gute Zusammenarbeit mit der MVB ein.

Stadtrat Stern zeigte sich geschockt über die Aussicht den Kölner Platz erst 2023 fertigstellen zu wollen. Er bittet um erneute Vorstellung im StBV durch die Deutsche Bahn AG (Frau Meyer).

Stadtrat Kumpf geht auf den Zeitplan ein und hinterfragt den fehlenden Nachtbaustellenbetrieb. **Herr Fuß** verweist auf Coronabedingte Ausfälle (Quarantäne) von 14 Tagen.

Stadtrat Dr. Grube fragt, wann werde der Straßenbahnanschluss an das Straßenkreuz Otto-von-Guericke-Straße/Ernst-Reuter-Allee geplant.

Endgültige Abstimmungen stehen noch aus, teilt **Herr Fuß** mit. In dem Zusammenhang verweist er auf die Deutsche Bahn AG, die sich zum Kölner Platz bekennen müsse. Aus seiner Sicht sei Ende 2022 der Zeitpunkt des Straßenbahnanschlusses an den Kreuzungsbereich mit Inbetriebnahme des Tunnels.

Stadträtin Linke hinterfragt die Radwegesituation (Radwegbreite, Ausbuchtungen).

Herr Fuß erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Situation. Er verweist auf die rote Deckschicht für den Fahrradweg.

Nachrichtlich: es handelt sich um einen benutzungspflichtigen Radweg im Endzustand.

Stadtrat Stage erkundigt sich nach der späteren Benutzungspflicht der Fahrradwege.

Mit dem Fahrrad könne definitiv nicht durch den Tunnel gefahren werden, teilt **Herr Gebhardt** dazu mit.

11. Verschiedenes

Stadtrat Kumpf erkundigt sich nach den Kosten für die öffentliche Toilettenanlage im Bereich Alter Markt und verweist auf die Diskussionen.

Herr Dr. Scheidemann geht auf die Zuständigkeiten ein und werde den Sachverhalt an den SAB weiterleiten.

Stadtrat Stern hinterfragt einen Sachstand zur Friesenstraße Nordseite und bittet um dementsprechende Vorstellung.

Herr Gebhardt verweist auf eine Information, die seit dem 24.11.2020 im Session frei gegeben sei.

Stadtrat Stern bittet um Vorlage der Aufgabenstellung im StBV.

Stadträtin Linke geht auf die Gestaltung/Ausführung des Fahrradweges im Bereich Damaskheplatz ein und fragt, warum der Radweg nicht in Rot ausgeführt werde. Des Weiteren hinterfragt sie die Aufstellung eines Schildes entlang des südlichen Radweges vor einer Baustelle in der Liebknechtstraße.

Das Schild wurde widerrechtlich und falsch von der Firma aufgestellt und sei bereits entfernt worden, teilt **Herr Gebhardt** mit und bedankte sich für diese Information.

Auf die Frage zu den Fahrradwegausführungen verweist **Herr Gebhardt** auf den Übergang/Anpassung vom Bereich der Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee nach Stadtfeld. In den Planfeststellungsunterlagen sei als Zeichnungsfarbe für die Radwegführung Rot gewählt worden. Die Zeichnungsfarben haben jeweils nichts mit der Oberflächenfarbe zu tun. Die vorgenommene Radwegbefestigung passt sich im angesprochenen Bereich an die örtlichen Gegebenheiten und an die in Stadtfeld typische Ausführung an. Der mit Betonplatten hergestellte Radweg ist vom Gehweg im Weiteren mit einer dreireihigen Natursteinpflasterung optisch abgegrenzt. Zurzeit ist diese Fläche Baubereich und noch nicht fertiggestellt.

Im Rahmen der Fertigstellung und Komplettierung erfolgen die Herstellung der farbigen Radwegfurten entlang der Haupttrassenführung in Rot auf den Fahrbahnen sowie die Aufbringung von Fahrradpiktogrammen.

Herr Dr. Scheidemann sichert interne Abstimmungen zu.

11.1. Grundsatzbeschlüsse zu notwendigen Erweiterungen von Kapazitäten an Schulen DS0411/20

Der Änderungsantrag (DS0411/20/8) spiegele nicht die Diskussionen im Ausschuss wieder, stellt **Stadtrat Kumpf** fest. Dennoch werde er dem Änderungsantrag zustimmen.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** entgegnet, dass der Antragstext unmittelbar nach der interfraktionellen Beratung am 19.11.2020 formuliert und am 20.11.2020 an alle Fraktionen verschickt wurde. Hier gab es keine Rückmeldung, dass der Text nicht der Diskussion und ihren Ergebnissen entspreche. Tatsächlich enthält der Antrag genau die Punkte, für die es eine große, fraktionsübergreifende Mehrheit gab. Der Text wurde am 24.11. 2020 bereits vom Bildungsausschuss bestätigt.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf das Thema „Grundsatzbeschluss“ und spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

Im Beschlusspunkt 1 soll aus der „7-zügigen Gemeinschaftsschule“ soll eine „6-zügige Gemeinschaftsschule“.

Abstimmung: 1-6-0 abgelehnt

Abstimmung: 5-2-0

11.2. Stand der Baumaßnahme Schönebecker Straße

Herr Gebhardt erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage Protokoll) die aktuellen Planungen.

Die Inbetriebnahme des Teilstückes Warschauer Straße/Schönebecker Straße erfolge für den ÖPNV, Mischverkehr und Individualverkehr am 16.12.2020.

12. Gestaltungsbeirat

12.1. Projekt 42/2020 - Masterplan Quartier Franckestraße

Herr Schagemann (Vorsitzender Gestaltungsbeirat) stellt die Empfehlungen vor.

Stadtrat Dr. Grube bittet zukünftig mit der Einladung Projektskizzen zur Verfügung gestellt zu bekommen hinsichtlich einer Vorbereitung zur Sitzung.

Stadtrat Stern geht auf die Stellplatzsituation ein und verweist auf die Mitarbeiter von Volksstimme und MVB.

Er findet die Planungen interessant, dieses sei mal etwas anderes, er könne aber den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates nicht ganz folgen.

Stadtrat Stage fragt, was mit „kleinem Stadtplatz“ gemeint sei.

Als eine Vorfahrt zu einem Hotel sei eine Aussparung passend, gibt **Herr Schagemann** zu bedenken. Hier sei es aber eine „falsche Geste“ die ins Leere führe.

Stadtrat Dr. Grube kann die fundamentale Kritik an der Rundung nicht nachvollziehen. Er bemängelt das Fehlen eines Hochhauskonzeptes und verweist auf die Ecke Otto-von-Guericke-Straße/Hasselbachstraße hinsichtlich eines Höhenpunktes zum Faber-Hochhaus.

Der Ausschuss spricht sich für einen Stadtplatz aus, fasst **Stadtrat Stage** zusammen.

Stadträtin Linke vermisst eine Fahrradwegkonzeption und stellt fest, dass über fremde Flächen (MVB, VST) diskutiert werde.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf den Planungsstand.

Der Entwickler habe vermittelt, dass MVB und VST dem „Innenhof“ zugestimmt haben, teilt **Herr Schagemann** mit.

Stadtrat Schuster geht auf die gegenüberliegende Höhenentwicklung (Leiterstraße) ein. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, dass die Verwaltung bezüglich Stellplätze mit der MVB und der VST reden sollte.

Herr Schagemann verweist auf die Planungen für einen begrünten Hof, hinsichtlich Stellplätze kann er keine Aussage machen.

Stadtrat Stern geht auf die Gebäudemasse im Bereich Hasselbachstraße ein und hinterfragt die Lichtverhältnisse (Hinterhofatmosphäre).

Herr Schagemann verweist auf eine großstädtische Lösung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage

Vorsitzende/r

Norman Kleinfeldt
Corina Nürnberg
Schriftführer/in